



Ausgabe 10 vom 10. September 2010

## Inhalt:

- Präsentation „WeltGenussErbe Bayern“ in der Bayerischen Vertretung
- EU-Parlamentarier fordern gerechte Einkommen für Landwirte
- Mittelfränkische Hoheiten zu Gast in Straßburg
- Überwältigende Mehrheit für neue Beschäftigungsleitlinien
- Neue Tierversuchsrichtlinie - Forschung an embryonalen Stammzellen keine Alternative zu Tierversuchen
- Journalisten aufgepasst: Zehn Wochen Training in Brüssel

## Präsentation „WeltGenussErbe Bayern“ in der Bayerischen Vertretung



(Foto: v. links nach rechts: Dr. Christoph Maier MdL a.D., Dr. Markus Söder, Martin Kastler MdEP und Fritz Loscher-Frühwald MdL a.D.)

In der Bayerischen Vertretung in Brüssel wurde letzte Woche die Kampagne "WeltGenussErbe Bayern" vorgestellt. Das Projekt ist als bundesweit einziges Absatzförderungsprogramm von der EU-Kommission genehmigt worden und wird in den kommenden drei Jahren mit 550.000 Euro gefördert. Damit sollen die fünf herkunftsgeschützten Produkte wie der Allgäuer Emmentaler, der Allgäuer Bergkäse, Bayerisches Bier, Bayerischer Meerrettich und die Nürnberger Bratwürste besser vermarktet werden. Mit den EU-

Qualitätszeichen "geschützte Ursprungsbezeichnung" und "geschützte geografische Angaben" sollen Verbraucher verstärkt auf regionale Spezialitäten aufmerksam gemacht werden. Gemeinsam mit Dr. Christoph Maier (Ehrenpräsident des Fischereiverbands Mittelfranken e.V.), Dr. Markus Söder (Bayerischer Umweltminister) und Fritz Loscher-Frühwald (Präsident des Fischereiverbands Mittelfranken e.V.) unterstütze ich dieses Projekt und freue mich, dass diese wichtigen Fördergelder nach Bayern und Franken gehen. Damit können wir gezielt unsere einzigartigen Spezialitäten wie die Nürnberger Bratwurst und unseren Meerrettich bewerben.

## EU-Parlamentarier fordern gerechte Einkommen für Landwirte

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sprachen sich am Dienstag dafür aus, das in den Römischen Verträgen verankerte Ziel gerechter Einkommen in der Landwirtschaft energischer als bisher verfolgen zu wollen.

Um in Zukunft faire Einkünfte für landwirtschaftliche Erzeuger zu erreichen, ist nach Ansicht der EU-Parlamentarier mehr Preistransparenz und die Durchsetzung fairen Wettbewerbs per Gesetz nötig.

Die verabschiedete Resolution drängt die Kommission dazu, den Aufbau der europäischen Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor schnellstmöglich abzuschließen. Darüber hinaus verlangen die Parlamentarier ein härteres Vorgehen gegen marktbeherrschende Stellungen von Agrarhandelsunternehmen, Einzelhändlern etc. und gegen Missbrauch von Nachfragemacht. Dieser kann sich beispielsweise in verspäteten Zahlungen an Landwirte äußern. Gefordert wird daher eine Verkürzung der Zahlungsfrist für alle Lebensmittel auf höchstens 30 Tage.

Um die Verhandlungsposition der Landwirte zu stärken, soll außerdem deren Organisation in Erzeugerorganisation und Branchenverbänden gefördert und eine europaweite Schiedsstelle für den Lebensmitteleinzelhandel geschaffen werden.

### Mittelfränkische Hoheiten zu Gast in Straßburg



Zu einer zweitägigen Europafahrt nach Straßburg sind die Weinhoheiten

der „Mittelfränkischen Bocksbeutelstraße“ gemeinsam mit einer Delegation aus ihrer Heimat gekommen.



(Foto: Martin Kastler mit der mittelfränkischen Delegation - Weinbauverband im Europäischen Parlament)

Auf dem Besuchsprogramm stand die Besichtigung der Straßburger Altstadt, die Führung durch das Europäische Parlament, der Besuch einer Plenardebatte und die Teilnahme an einer Fraktionssitzung. Zum Anlass ihres Besuchs gab es am ersten Abend einen Empfang in der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft am Europäischen Parlament. Weinprinzessin Tina Dehner aus Bullenheim, Andrea Staudinger aus Ergersheim, Ramona Wellmann aus Markt Ippenheim, Lisa Vicdom aus Markt Nordheim, Maria Freimann aus dem Oberen Ehegrund und Victoria Busch aus Tauberzell stellten gemeinsam mit Kaiserin Kunigunde, Nadine Schietinger, aus Markt Nordheim die mittelfränkischen Weinspezialitäten vor.

Bei einer Weinverkostung konnten die Gäste aus vielen Teilen Europas die beliebtesten Weinsorten des mittelfränkischen Anbaugebiets kennen lernen. Eine besondere Ehre war der Besuch von Joseph Daul, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, der die mittelfränkischen Weinhoheiten besonders herzlich begrüßte. Für die mittelfränkischen Weinprinzessinnen war es eine schöne Gelegenheit ihre Hei-

mat präsentieren zu können und sicher ein schönes Highlight in ihrer Amtszeit.

### **Überwältigende Mehrheit für neue Beschäftigungsleitlinien**

Ebenfalls am Mittwoch nahm das Straßburger Parlament mit einer überwältigenden Mehrheit von 566 Stimmen zu 59 Gegenstimmen die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten an. Diese legen von den Mitgliedsstaaten zu erreichende Ziele im Bereich Beschäftigung und gesellschaftlicher Teilhabe fest und sind ein Instrument der Strategie "Europa 2020".

Eines der formulierten Ziele ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 75 % der aktiven Bevölkerung bis zum Jahr 2020. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Anstrengungen verstärkt auf die Einbeziehung besonders von der Arbeitslosigkeit betroffener Gruppen gelegt werden.



Außerdem soll in hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen investiert werden. Mehr Flexibilität soll beispielsweise durch einen angemessenen rechtlichen Rahmen für atypische Beschäftigungsformen, wie Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung, und ein vergrößertes Angebot an Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnah-

men geschaffen werden.

Ich begrüße diesen Bericht, da er sich auch mit Beschäftigungspotential im Bereich der sog. "green economy" beschäftigt. In diesem dynamischen und noch im Aufbau befindlichen Bereich haben Frauen und Männer die gleichen Aufstiegschancen, was sich in anderen Wirtschaftsbereichen manchmal als schwierig darstellt.

Dabei ist sicherzustellen, daß die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist, beispielsweise die Einrichtung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen und Kinderbetreuung. Besonders in Führungspositionen müssen individuelle Arbeitszeitmodelle sowie Teilzeitregelungen möglich sein. Dies ist leider noch nicht in allen Arbeitsmarktsfeldern Europas möglich.

### **Neue Tierversuchsrichtlinie - Forschung an embryonalen Stammzellen keine Alternative zu Tierversuchen**

Im Europäischen Parlament wurde am Mittwoch der Kompromisstext der neuen Tierschutzrichtlinie von Rat Kommission und dem Europäischen Parlament in zweiter Lesung in Kraft gesetzt. Dadurch hat Europa zum Thema Tierschutz einen großen neuen Schritt gemacht, um Tiere im Bereich der wissenschaftlichen Forschung mehr zu schützen.

Die neue Richtlinie muss innerhalb von zwei Jahren von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Nach meiner Meinung und nach Meinung vieler meiner Kollegen wurde allerdings ein grundlegender Wert der Europäischen Union in dieser Richtlinie vernachlässigt: die *human dignity*. Die Forschung an menschlichen emb-

ryonalen Stammzellen soll nicht als Alternative für Tierversuche erhalten müssen.

Genau dies war nämlich im Ursprungstext des Europäischen Parlaments im Mai 2009 mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Leider hat sich der Ministerrat vehement gegen den Parlamentsvorschlag gewehrt. Es wurde lediglich festgeschrieben, dass Versuche, die nach nationalem Recht verboten sind, nicht als Alternative auferlegt werden können. In Deutschland haben wir damit dann wahrscheinlich kein Problem, da embryonale Stammzellforschung grundsätzlich verboten und nur in Ausnahmefällen erlaubt ist.

Andere Länder, wie Polen und die Slowakei, die keine klare Gesetzgebung haben, könnten aber ein Problem bekommen. Hier müssen die Europäische Kommission und die Vertreter der Mitgliedstaaten im sogenannten Regelungsausschuss sensibel vorgehen. Unabhängig davon sollten meiner Meinung nach alle Mitgliedstaaten mehr Regelungen zum Schutz des menschlichen Lebens vom Anfang bis zum Ende annehmen.

Es kann für mich nicht sein, dass wir auf der einen Seite den Tierschutz erhöhen und auf der anderen Seite den Schutz von Menschen vernachlässigen.

### **Journalisten aufgepasst: Zehn Wochen Training in Brüssel**

Die Fondation EurActiv und die Robert Bosch Stiftung starten ein neuartiges Trainingsprogramm, das jungen Journalisten Erfahrungen in der EU-Politik und im Umgang mit Online-Medien vermitteln soll. Auf die Bewerber war-

tet ein einwöchiges Training in Berlin, an das sich ein zehnwöchiges Praktikum in Brüssel anschließt. Das Ziel des Programms ist es, die Teilnehmenden zur fundierten Berichterstattung über EU-Themen zu qualifizieren.

Als Bewerber geeignet ist, wer mindestens zwei Jahre journalistische Erfahrung gesammelt hat, aktuell in einer Medieninstitution beschäftigt ist und über gute Englischkenntnisse sowie Kenntnisse in einer zweiten EU-Sprache verfügt.

Einsendeschluss ist der **16. September 2010**. Weitere Informationen können unter [\*\*Selection@euractiv.com\*\*](mailto:Selection@euractiv.com) (Betreff: "Bosch EU Journalism Fellowship") angefordert werden.

#### Impressum:

**Martin KASTLER MdEP**

#### **Abgeordnetenbüro Brüssel**

Parlement Européen  
60, rue Wiertz, ASP 15E218

B-1047 Bruxelles

Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8

Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

[martin.kastler@europarl.europa.eu](mailto:martin.kastler@europarl.europa.eu)

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Redaktion:

Martin Kastler MdEP, Jana Fasinova, Stephanie Wenzel, Madeleine Hankele

V.i.S.d.P.:

Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Euractiv.de, privat